

## **Sofortmassnahmen gegen die Krise: Die Forderungen der Aargauer Gewerkschaften**

Die Finanzkrise hat schneller und massiver als erwartet auf die Realwirtschaft durchgeschlagen. Sie wird länger anhalten, als viele das wahrhaben wollen. Per Ende 2009 wird eine Arbeitslosenquote von über 4%, für 2010 eine solche von über 5% erwartet. Bei der Jugendarbeitslosigkeit droht eine Quote von 10%! Momentan haben im Aargau rund 500 Betriebe für über 10 000 Arbeitnehmende Kurzarbeit angemeldet.

Und es sind keine Anzeichen für eine Konjunkturerholung auszumachen. Im Gegenteil: Erste Aargauer Betriebe haben angefangen, Entlassungen in grossem Stil vorzunehmen. Viele haben solche Massnahmen für den Herbst angekündigt. Die Wirtschaftskrise ist auch im Kanton Aargau sichtbar geworden und nicht mehr zu leugnen.

Die Massnahmen, die die Aargauer Regierung bisher präsentierte, sind zwar teilweise richtig und nützlich, reichen aber bei weitem nicht aus. Die Krise muss nun energisch bekämpft werden – für eine erfolgreiche Gegenstrategie braucht es mehr als Pflästerli.

Der Aargauische Gewerkschaftsbund hat eine ganze Palette von möglichen Massnahmen in verschiedenen Bereichen zusammengetragen. Viele weitere sind denkbar. Die meisten der aufgeführten Projekte gehen zudem über die reine Krisenbekämpfung hinaus und haben nachhaltigen Charakter im Sinne eines «New Green Deals» zur ökologischen Erneuerung der Wirtschaft und zur Umstellung auf erneuerbare Energien oder haben die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Ziel.

# Sofortmassnahmen gegen die Krise - Die Forderungen der Aargauer Gewerkschaften

## I Arbeitsplätze sichern

- bevor Personal entlassen wird, muss **Kurzarbeit voll ausgeschöpft** werden (18 Monate). Die Kurzarbeit muss für Weiterbildung genutzt werden
- generell ist eine **Weiterbildungsoffensive** unter dem Motto «fit für die Zukunft» zu lancieren. Diese ist durch finanzielle Anreize zu fördern.  
für Geringqualifizierte gehören dazu
  - **Deutschkurse am Arbeitsplatz**, während der Arbeitszeit. Beahlt durch Beiträge von Bund und Kanton (ALV, Integrationskredit, ...) und Arbeitgeber
  - **Informatik-Grundwissen** für alle
  - das **Nachholen von Lehrabschlüssen** nach Art. 32 BBV (34.2 BBG) für Qualifizierte hingegen sind
  - **Bildungsgutscheine für höhere Berufsbildung** vorzusehen. Diese sollen erfolgreiche LehrabgängerInnen animieren sich rasch weiter zu bilden
  - zudem ist der Besuch von **Technischen Schulen** und der Erwerb von **Fremdsprachen**, etc. zu fördern.
- **LehrabgängerInnen müssen weiter beschäftigt** werden. Der öffentlichen Hand (Kanton, Gemeinden, staatsnahe Betriebe) kommt hier eine Vorbildfunktion zu.
- Für LehrabgängerInnen mit Problemen, sollen spezielle Angebote geschaffen werden.
  - Das **Projekt «Feinschliff»** richtet sich an LehrabgängerInnen im Baubereich. Sie sollen zusätzliche praktische Kenntnisse erwerben, die sie befähigen, den hohen, komplexen Anforderungen auf heutigen Baustellen zu genügen.
  - Mit dem **Projekt «Assistenzen»** soll eine Vielzahl von Praktikums-Stellen geschaffen werden, die jungen Menschen die Möglichkeit geben, das theoretisch Erlernte in der Praxis anzuwenden.
- Der **Ausbau des Lehrstellenangebots** ist weiterhin angesagt.
  - Insbesondere im Bereich der **Fachpersonen Betreuung und Gesundheit (FaBe / FaGe)** muss der Kanton dringend für genügend Ausbildungsplätze an den Schulen (Geld für Infrastruktur), in den Spitälern und bei Privatinstitutionen besorgt sein.
  - Die Zahl der **Attestlehren** soll bis 2010 verdoppelt werden (Ziel des BBT und der Kantone). Eine Möglichkeit ist es, dass die jungen Leute zuerst ein Jahr in einer **Lehrwerkstatt** zubringen, wo sie intensiv geschult, gefordert und gefördert werden können. Erst im zweiten Jahr werden sie dann einem Lehrbetrieb zugeteilt, der die Ausbildung abschliesst.
- Generell sind zukünftig **neue Arbeitszeitmodelle** und eine **Arbeitszeitverkürzung** nötig.

## II Realwirtschaft stärken

Investitionsprogramme haben eine hohe Wirkung: jeder ausgegebene Franken führt zu einem um 1.50 Franken höheren BIP! Dieses Geld kommt nicht nur zurück, es fördert auch den längst fälligen **ökologischen Umbau** und die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**.

- **Energetische Gebäudesanierungen** und die **Förderung von erneuerbaren Energien** (Sonne, Erdwärme, Holz, Wind), zum Beispiel durch «**Solaranlagen auf jedes gemeinde- oder kantonseigene Dach**» helfen Energieverbrauch und Umweltbelastungen zu senken. Sie helfen nicht in erster Linie der Bauwirtschaft, sondern haben auch einen Multiplikatoreneffekt für die Maschinenindustrie und das Gewerbe, indem diese die Chance haben mit neuen innovativen Produkten Fuss zu fassen, Abhängigkeiten vom Export zu verringern und sich so fit für den Aufschwung zu machen.

- Der **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** z.B. durch Investitionen in die Infrastruktur (Verminderung von Lärm / Grunderschütterung der Züge / neues Rollmaterial) und die Schaffung von neuen Bahnlinien (z.B. Stadtbahn Zürich - Spreitenbach).
- 15 Prozent der AargauerInnen leiden unter zu viel Lärm. **Lärmsanierungen** sind dringend notwendig.
- Mit dem Vorziehen von unbestrittenen **Hochwasserschutzmassnahmen** im Kanton können Hochwasserschäden und Gebäudeschadenversicherungskosten reduziert und die Renaturierung von Gewässern vorangetrieben werden.
- **Kommunikationsnetze ausbauen**: Ein flächendeckendes Glasfasernetz für alle gehört in den Grundversorgungsauftrag.
- Im Aargau fehlen rund 15 000 Plätze für die **familienergänzende Kinderbetreuung** (Vereinbarkeit Familie und Beruf). Hier sind eine Anschubfinanzierung und die Gewährung von Betriebsbeiträgen nötig.
- Die **Kreditvergabe der Banken** (vor allem der «Staatsbank» AKB) an die KMU muss erleichtert werden. Projekte für **Mikro-Kredite** sind vorzusehen.

### III Kaufkraft sichern

Die Kaufkraft - als wichtigste Stütze des Binnenmarktes - muss dahin gesteuert werden, wo sie am nötigsten ist und am meisten wirkt: Zu den mittleren und tiefen Einkommen. Wir fordern daher

- **keine Lohnsenkungen** (*in guten Zeiten haben die Arbeitgeber Reserven bilden können, jetzt soll nicht bei den Löhnen gespart werden*)
- **Anhebung der Mindestlöhne** (*damit jenen die am härtesten von der Krise betroffen sind, am meisten geholfen wird*)
- **Lohngleichheit von Frauen und Männern** (*nach wie vor verdienen Frauen im Schnitt mehr als 20% weniger für gleiche Arbeit*)
- **die Erhöhung der Krankenkassenprämienverbilligung** (*die Richtprämie ist an das massiv gestiegene gewichtete Mittel der effektiven Prämien anzupassen und der «Prozentsatzes des massgebenden Einkommens» ist von 11% auf 10% zu senken*)
- **die Verbesserung der Kinderzulagen** (*Ein neuer Anlauf zur Erhöhung ist nötig*) und die **Einführung von Kinderbeihilfen**

### IV Arbeitsmarktintegration verbessern

Wer von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen ist, muss auf eine rasche und gute Unterstützung der Arbeitslosenversicherung zählen können. Neben den Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung und anderen Arbeitsmarktintegrationsmassnahmen sind auch Angebote nötig, die niederschwellig sind und einem grossen Teil der Erwerbslosen und von der Erwerbslosigkeit bedrohten Menschen zur Verfügung stehen.

- Eine Möglichkeit sind sog. **Arbeitscafés**: Es wird ein Treffpunkt für Arbeit geschaffen. Dieser hat regelmässige Öffnungszeiten und kann durch selbstorganisierte Gruppen genutzt werden.
- Beschäftigungsprogramme bieten eine Möglichkeit, längst fällige Arbeiten umzusetzen, z.B. bei der
  - **Sicherung von Artenkorridoren** und der
  - **Neophytenbekämpfung**

## **Bündnis gegen die Krise**

Für die Umsetzung dieser Forderungen suchen die Aargauer Gewerkschaften die Unterstützung weiterer Parteien und Verbände. Bereits sind verschiedene Vorstösse im Aargauer Grossen Rat eingereicht und zum Teil überwiesen worden. Einzelne Projekte sind auf institutionellem Wege eingeleitet worden und harren der Umsetzung.

Für die meisten Forderungen braucht es aber noch viel Überzeugungsarbeit. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit ist zwar schnell bei Steuergeschenken an die Gutverdienenden (so bei der vorgezogenen 3. Etappe der Steuergesetzrevision, die für Kanton und Gemeinden Einnahmeausfälle von 144 Mio. Franken bringt), wenn es aber darum geht, eine antizyklische Politik umzusetzen und in unsere Zukunft zu investieren, so versagt sie. Aufgrund der Erfahrungen ist zudem zu befürchten, dass einmal mehr nur Sparmassnahmen geplant werden, die auf Kosten der Investitionen gehen und die Rezession verstärken.

*Damit unsere Forderungen eine Chance haben, braucht es den öffentlichen „Druck der Strasse“. Dazu benötigen wir die Unterstützung aller, so zum Beispiel an der geplanten*

**Grosskundgebung am  
Samstag, 19. September 2009  
auf dem Bundesplatz in Bern.**